

Kriegs-Chronik

Wichtige Tagesereignisse zum Sammeln.

6. November. Auf dem Schlachtfelde zwischen der Schelde und der Oise sieht der unter stärkster Artilleriefeuer vorgehende Feind auf geräumte Stellungen. Es entwickelten sich nur Nachhutgefechte. — In der Mitte der Kampffront auf Fontaines vordringende Amerikaner wurden zurückgeworfen, ebenso auf den Höhen östlich von Stury und in dem Walde von Etreme.

Die Antwort an Deutschland.

Abreise der deutschen Waffenstillstandsdelegation
Berlin, 6. November.

Die Antwort auf die letzte Note der deutschen Regierung an den Präsidenten Wilson ist heute hier eingetroffen. Sie enthält die Stellungnahme der verbündeten Mächte zu Wilsons Friedensprogramm, behandelt Ansprüche der Gegner auf Schadenersatz und stellt der deutschen Regierung anheim, mit dem Marschall Foch in Verbindung zu treten.

Die deutsche Delegation zum Abschluß des Waffenstillstandes und zur Aufnahme der Friedensverhandlungen ist heute nachmittags von Berlin nach dem Westen abgereist.

Die deutsche Delegation zum Abschluß des Waffenstillstandes besteht bekanntlich aus dem General v. Gündell, dem Generalmajor v. Winterfeldt, früherem deutschen Militärattaché in Paris, dem Admiral Neurer und dem früheren Staatssekretär v. Sinye. — Die deutschen militärischen Unterhändler für die etwaigen Friedensverhandlungen sollen nach der Kreuz-Stg. General v. Brissberg und Admiral v. Bülow sein.

Der Wortlaut der Note.

Wilson's 14 Punkte. — Gegen die Freiheit der Meere.

Wie das Gaager „Holländische Bureau“ aus Washington meldet, hat Staatssekretär Lansing am 5. d. Mts. durch Vermittlung des schweizerischen Geschäftsträgers der deutschen Regierung folgende Mitteilung anlassen:

In meiner Note vom 22. Oktober habe ich Ihnen mitgeteilt, daß der Präsident seinen Notenwechsel mit der deutschen Regierung den Regierungen, die mit den Vereinigten Staaten assoziiert sind, übermittelt hat. Es wurde ihnen anbeigegeben, falls die Regierungen geneigt sind, den Frieden zu den angegebenen Bedingungen und Grundrissen herbeizuführen, ihre militärischen Ratgeber und diejenigen der Vereinigten Staaten zu ersuchen, den gegen Deutschland verbündeten Regierungen die notwendigen Bedingungen eines Waffenstillstandes zu unterbreiten, der die Interessen der beteiligten Völker in vollem Maße wahrt. Der Präsident hat nun ein Memorandum erhalten, in welchem die verbündeten Regierungen zu seinem Notenwechsel Stellung nehmen und das etwa folgendermaßen lautet:

Die verbündeten Regierungen haben sich sorgfältig mit dem Notenwechsel, der zwischen dem Präsidenten und der deutschen Regierung erfolgt ist, beschäftigt. Sie erklären nach den ihnen gewordenen Mitteilungen ihre Bereitwilligkeit, auf Grund der Bedingungen, die der Präsident in seiner Ansprache an den Kongress vom 8. Januar 1918 niedergelegt hat, und auf Grund der Prinzipien, die in seinen folgenden Vorschlägen zum Ausdruck kamen, mit der deutschen Regierung Frieden zu schließen. Die verbündeten Regierungen weisen darauf hin, daß Punkt 2, der sich auf die Freiheit der Meere bezieht, verschiedener Auslegungen fähig ist, wie sie die verbündeten Regierungen nicht annehmen können. Sie müssen sich daher in dieser Hinsicht jegliche Freiheit vorbehalten, wenn sie an der Friedenskonferenz erscheinen.

Ferner hat der Präsident bei Aufzählung der Friedensbedingungen im Januar erklärt, daß die besetzten Gebiete nicht nur geräumt und befreit, sondern auch wiederhergestellt werden müssen. Die verbündeten Regierungen sind der Ansicht, daß es überhaupt keinem Zweifel unterliegen darf, was diese Maßnahme in sich schließt. Sie versichern sie dahin, daß Deutschland für jeglichen Schaden, welcher der Zivilbevölkerung der verbündeten Regierungen und ihrem Besitz durch den Angriff Deutschlands zu Lande, zu Wasser und aus der Luft zugefügt worden ist, Entschädigungen leisten muß.

Dann heißt es in der Lansing'schen Note weiter: Ich bin vom Präsidenten beauftragt, mitzuteilen, daß er sich in Übereinstimmung mit der im letzten Paragraphen des Memorandums gelegenen Auslegung des oben angeführten Punktes befindet.

Ferner habe ich vom Präsidenten den Auftrag, Sie zu bitten, der deutschen Regierung mitzuteilen, daß Marschall Foch von der Regierung der Vereinigten Staaten und von den Regierungen der verbündeten Mächte offiziell den Auftrag erhalten hat, genügend befugigte Vertreter der deutschen Regierung zu empfangen und ihnen die Waffenstillstandsbedingungen mitzuteilen.

Was in der neuen Note Wilsons mitgeteilt wird, sind also gewissermaßen die Vorbedingungen für die Waffenstillstandsverhandlungen. Die eigentlichen Bedingungen des Verbandes, die er zum Abschluß des Waffenstillstandes und zur Einleitung von Friedensverhandlungen erfüllt sehen will, wird unsere Delegation erst durch Marschall Foch, der im Auftrage aller Verbündeten unterhandelt, erfahren.

Schwere Kämpfe an der Maas.

Mitteilungen des Russischen Telegraphen-Bureaus,
Großes Hauptquartier, 6. November.

Westlicher Kriegsschauplatz.

Infanteriekämpfe in der Schelde-Niederung.

Auf dem Schlachtfelde zwischen der Schelde und der Oise haben wir uns vom Gegner abgesetzt. Der Feind, der gestern nach stärkster Artilleriefeuer seine Angriffe wieder aufnehmen wollte, stieß auf geräumte Stellungen. Bei seinem weiteren Vorgehen wurde er durch unsere Nachhut in Einzelkämpfe verwickelt, die im Walde von Normal und südöstlich von Landrecies größeren Umfang annahm. Der Feind stand am Abend östlich von Bapaat, am Ostrand des Waldes von Normal, östlich von Landrecies und östlich von Guise. Auch zwischen der Oise und der Maas haben wir größere Bewegungen durchgeführt. Der Gegner ist im Laufe des Tages gefolgt und hat westlich der Aisne die allgemeine Linie Marle-Dige le Gros-Gely erreicht. Östlich der Aisne standen wir mit ihm nördlich von le Chesne und westlich von Beaumont in Gefechtsführung.

Schwere Angriffe des Feindes bei Beaumont und Retanne wurden abgewiesen.

Südlich von Dun stieß der Amerikaner unter heftigem Feuer über die Maas und drang in die Wälder auf den östlichen Maashöhen zwischen Millly und Blossnes ein. Das sächsische Jäger-Regiment Nr. 7 warf den in der Mitte der Kampffront auf Fontaines vordringenden Feind zurück und nahm den Epinon-Wald wieder. Die Kämpfe fanden auf dem Kamme der östlichen Maashöhen ihren Abschluß.

Auf dem Ostufer der Maas schlugen brandenburgische und sächsische Reitertruppen erneute Angriffe der Amerikaner auf den Höhen östlich von Stury und in dem Walde von Etreme ab.

Wir schossen am 4. November 45 feindliche Flugzeuge ab.

Oberleutnant Bolle und Leutnant Roennede errangen ihren 35. Luftsieg.

Der Erste Generalquartiermeister Croener.

Nachgeschickte Pläne.

Der schwedische General Nordensvan schreibt in der Stockholm „Allshanda“ zur Kriegstage: Betrachten wir die Lage, so ist offenbar, daß Marschall Foch seit Anfang Oktober nach dem großartigen Plan arbeitet, durch kräftige Angriffe gegen beide Endpunkte die deutsche Stellung einzuschnüren, und die Deutschen womöglich gefangen zu nehmen, also ein Sedan im großen Stile. Gleichzeitig erstrebt er, die deutsche Stellung an ihrem schwächsten Punkt, einem weit vorstehenden Keil, zu durchbrechen, und durch beiderseitige Aufrollung die Vernichtung zu beschleunigen. Keiner dieser Pläne glückt, oder, besser gesagt, beide mißglücken völlig. Das Kräfteverhältnis scheint jetzt nahezu ausgeglichen. Es kann, je weiter es zum Winter geht, sogar umschlagen.

Weiterführung der Luftangriffe.

Die französische Presse bespricht den deutschen Forderung, der den Kriegführenden vorschlägt, sich der Luftangriffe zu enthalten. Der „Matin“ äußert sich folgendermaßen: Es wird uns übel, wenn wir dieses Dokument lesen, das die Freiheit des beunruhigten Feindes zeigt. Er wird nun für seine Missetaten gezüchtigt, für seine Verbrechen der offenen französischen Städte und der friedlichen Städte in England mit den Hunderten von Opfern an Frauen und Kindern. Jetzt, wo die siegreichen Alliierten zu ihnen kommen, sättern die Banditen vor den Folgen ihrer Taten. Das deutsche Anerbieten wird zurückgewiesen und jeder neue Angriff mit hundertfachen Sinesen zurückgegeben.

Die deutschen Kriegsgefangenen in Frankreich.

Nach zuverlässigen Meldungen wird das Verhalten der Franzosen gegenüber deutschen Kriegsgefangenen immer bösser und grausamer, obwohl Frankreich sich in den Berner Vereinbarungen zu menschlicher Behandlung der Kriegsgefangenen verpflichtet hat. Noch immer werden die Deutschen bei der Gefangennahme beraubt und verbleiben zunächst mehrere Wochen im Campengebiet, wo sie unter freiem Himmel liegen und keinerlei Fürsorge erfahren. Das französische Personal schlägt und beschimpft sie. Nur die schon in den Lagern anwesenden Kameraden helfen ihnen nach ihren schwachen Kräften. Gegen diese nichtwürdigen Verletzungen des Völkerrechtes ist energischer Protest eingelegt worden. Ferner ist die schweizerische Gesandtschaft in Paris ersucht, die Verhältnisse in den Sichtungslagern sofort durch Delegierte prüfen zu lassen und bei der französischen Regierung nachdrücklich auf Abhilfe zu dringen.

Deutschland und Polen.

Um die Abergabe der Verwaltung.

Berlin, 6. November.

Zwischen der polnischen und der deutschen Regierung hat in den letzten Tagen ein Meinungsaustrausch über die Abergabe der Verwaltung in polnische Hände stattgefunden. Zugleich wurde das künftige wirtschaftliche Verhältnis beider Staaten eingehend erörtert.

Die polnische Regierung hat dabei, wie aus zuverlässiger Quelle verlautet, fast in Form eines Ultimatum gefordert, daß die Abergabe der gesamten Verwaltung in polnische Hände bis zum 15. November erfolge. Daneben wurde verlangt, daß die Lebensmittelausfuhr aus Polen sofort eingestellt und eine Lieferung von 40000 Tonnen Getreide aus der diesjährigen Ernte zurückgestellt werde. Außerdem aber wurde die Abergabe von Bergwerken, Fabriken, Industriebetrieben, rollendem Material der Bahnen und anderes verlangt.

Abergabe für den 1. Januar 1919 geplant.

Auf die polnischen Forderungen ist vom deutschen Generalgouvernement geantwortet worden, daß die Abergabe der Verwaltung durch die polnische Staatsregierung von dem Abschluß eines Abkommens abhängig gemacht werden müßte, das im Austausch gegen die Bedarfsartikel, deren Polen bedürfte, dem Deutschen Reich eine noch zu vereinbarende Menge von Rohstoffen und Lebensmitteln sichert und das auch die Lage des deutschen Besatzungsheeres, solange die Besatzung dauert, gewährleistet. Die Abergabe der Verwaltung sei für den 1. Januar 1919 vorausgesehen, sie werde nach Möglichkeit beschleunigt werden.

Darauf ist erneut geantwortet worden, daß die Frage der wirtschaftlichen Verträge zwischen beiden Staaten nicht von der Abergabe der Verwaltung abhängig gemacht werden dürfe. Diese müsse am 15. November d. J. erfolgen. — Die weitere Entwicklung dieses Meinungsaustrausches ist durch den Gang der Ereignisse unterbrochen worden. Es bleibt nun für uns abzuwarten, wer in dem Streit zwischen Regenschafter und Ministerium die Oberhand behalten wird.

Kleine Kriegspost.

Bern, 6. Nov. Die vom schweizerischen Bundesrat eingeleitete Kommission für den Völkerbund hält zurzeit in Bern behändigt Sitzungen ab, die der Ausarbeitung einer Verfassung für den Völkerbund gelten.

Prag, 6. Nov. Zwischen Moskau und Montenegro sind über 100000 österreichisch-ungarische Soldaten versprengt, die auf den Transport in die Heimat warten.

Osaka, 6. Nov. Die Deutschen haben die Schleusen der Schelde zwischen der Grenze und Ghaamich durch Anwerpen durchschossen. Das Land ist unter Wasser gesetzt worden.

Christiania, 6. Nov. Die Friedensausläufer haben eine starke Nachfrage nach Lonnage hervorgerufen. Die von England, Frankreich, Dänemark und Dänemark kommenden angeblichen Nachrichten sind außerordentlich hoch.

Joffes Abschied.

Wie ein Berliner Blatt erfährt, hat der russische Generalfeldmarschall, der am Mittwoch früh 6 Uhr Berlin verlassen hat, in der vorübergehenden Nacht eine längere Unterredung mit dem Reichstags-Abgeordneten Cohn-Nordhausen (links) gehabt. Vor seiner Abreise hat Herr Joffe dem Abgeordneten ein großes, weißes, entfaltendes Paket übergeben. — Zugleich mit Herrn Joffe ist auch das Berliner Bureau der russischen Telegraphen-Agentur abgereist. Der Attache Graf Sourma begleitete den Sonderzug bis zur Grenze.

Der neue Krieg in Galizien.

Kriegszustand zwischen Polen und Ukrainern.
Warschau, 6. November.

Die gesamte polnische Presse erklärt, daß Polen gegenüber den Ansprüchen der Ruthenen (Ukrainer) zum Kampf bereit sei. Die Befreiung Lemberg und Przemyß durch die Ukrainer sei eine freche Herausforderung, die nur mit der Waffe beantwortet werden könne.

Sowohl die Ukrainer als auch die Polen verurteilen die deutschen Bewohner Galiziens, die sich neutral verhalten, durch allerhand Versprechungen auf ihre Seite zu ziehen. Militärisch sind gegenwärtig die Ukrainer überlegen, da sie ihre Verbände aufsummieren haben, während die polnischen Legionen sich zerstreut haben. Man schätzt die ukrainischen Streitkräfte, die gegen Galizien im Anmarsch sind, auf etwa 17 Divisionen. Die Polen sammeln dagegen in Tarnow und Krasau Heere. Man rechnet mit einem Zusammenstoß der feindlichen Heere auf galizischer Grenze und an der polnisch-ukrainischen Grenze.

Militärische Befreiung Deutsch-Böhmens durch die Tschechen.

Die Tschechen beginnen nunmehr, nachdem sie ihren Staat konstituiert haben, mit der militärischen Eroberung Deutsch-Böhmens. Schon in der Nacht vom 31. Oktober zum 1. November trafen plötzlich tschechische Soldaten in dem urdeutschen und durch seine Glasindustrie weltbekannten Saida ein, entwaffneten die dort befindlichen deutsch-österreichischen Truppen, verjagten sie und richteten ein tschechisches Kommando ein. Ebenso verfahren sie in anderen rein deutschen Industriebezirken. Gleichzeitig wurden in Deutsch-Böhmen Mobilisationsbefehle ausgesprochen, die die Deutsch-Böhmen für Untertanen des tschechischen Volkes erklären und die Deutschen unter Androhung schwerster militärischer Strafen zwingen sollen, sofort in die tschechische Armee einzutreten.

Die Lage in Wien.

Die Nervosität, die Deutsch-Österreich und Wien in den ersten Tagen der Umwälzung beherrschte, hat sich jetzt abgelebt und gewissen ersten Ausschreitungen in Wien, abgelegt. Es sind bedeutliche Vorfälle nicht zu verzeichnen. Dagegen spielen wilde Gerüchte über den Ausbruch von Kriegsgefangenen und dergleichen eine große Rolle, und werden leider von manchen Zeitungsverlegern auch nach Deutschland weitergegeben. Nach den vorliegenden Mitteilungen nimmt die Entwicklung einen durchaus normalen Verlauf, wenn auch naturgemäß der Mangel einer militärischen Organisation Bedenken für die Zukunft Raum gibt. Umso mehr ist es zu begrüßen, daß mit Erfolg in der möglichst schnellen Aufstellung zuverlässiger Ordnungstruppen in Wien und Deutsch-Österreich gearbeitet wird.

Ungarn vor der Befreiung.

Budapest, 6. November.

Der ungarische Kriegsminister Binder erklärte, es ist wahrscheinlich, daß englische und französische Truppen nach Budapest kommen, doch sei dies eine unnötige Annahme des Oberkommandos der Entente, da hier kein Truppen zur Aufrechterhaltung der Ordnung benötigt werden. Wenn diese Truppen kämen, dann würden sie nicht als Feinde kommen und könnten nur kurze Zeit hierbleiben. — Die deutschen Militärbehörden haben mittels Schiff Budapest verlassen. Sie führen nach Balf. In Budapest bleiben nur Zivilbeamte bei der Abergabe der Verwaltung und ein Bahnhofskommando, welche die Aufgabe haben, die von der Balkanfront zurückkehrenden deutschen Soldaten nach ihrer Heimat zu befördern. Auf der Fahrt auf dem Durchgang befindlichen deutschen Mannschaften stehen in Ungarn keine deutschen Soldaten mehr.

Erste Unruhen.

Das „Neue Wiener Tagblatt“ meldet aus Budapest: Während in Budapest größte Ordnung und Ruhe herrscht, kommen aus der Provinz erste Nachrichten. In vielen Gemeinden der Kleinen Karpathen hat der verheerende Böse die Behörden weggejagt. Überall wird die Proklamation des slowakischen Nationalrates verbreitet. Aus den Gemeinden an der ungarischen Grenze werden die ungarischen Stuhlrichter und Notare weggejagt. In Südungarn ist es zu Unruhen im Bergwerk Reichits gekommen.

Deutschlands diplomatische Vertretung in Ungarn.

Der Budapest deutsche Generalkonsul Graf von Fürstenberg erklärte, daß er mit seinem Personal auch beim Erscheinen der Ententetruppen auf seinem Posten bleiben werde, da sich Ungarn neutral erklärt habe. Eine Ranganhebung des Budapest deutschen Konsulats zu einer Gesandtschaft ist vorgesehen und wird die Arbeit sehr erleichtern, da bisher sämtliche Meldungen erst an die Votschaft in Wien zu erstatten waren, was eine ungeheure Arbeitslast war.

Verschiedene Meldungen.

Serajewo, 6. Nov. Bei Entlassung politischer Häftlinge in Bosnien und der Herzegovina sind auch des Nordens Erzherzog Franz Ferdinand Verdächtige oder Berurteilte entlassen worden.

Triest, 6. Nov. In Triest sind 3000 amerikanische Marine-Soldaten ausgeschifft worden.

Budapest, 6. Nov. Ministerpräsident Graf Karolyi ist nicht zu Friedensverhandlungen nach Budau gereist. Der Ministerrat beschloß, den Justizminister Dionysius Berzso nach Belgrad zu entsenden, wo er mit General Franchet in Verbindung tritt.

Oras, 6. Nov. Die „Grazzer Tagespost“ meldet: Gelernten trafen in Febrind an der ungarischen Grenze reichsdeutsche Soldaten ein, die fast vollkommen nackt waren, da man sie auf der Fahrt durch Ungarn aller Kleider und sogar der Unterwäsche beraubt hatte.

Wien, 6. Nov. Die Nachricht von der bevorstehenden Auflösung des Hofstaates und der Entlassung der Garben entspricht nicht den Tatsachen.

Basel, 6. Nov. Die Stimmung in Vorarlberg geht dahin, ein selbständiges Verwaltungsgebiet innerhalb Deutsch-Österreich zu schaffen. Für den Anschluß an die Schweiz sind nur wenige Stimmen.

Wappenbild.

Prakt. und Korrespondenz-Meldungen

Deutschland und der Tschechoslowakei.

Berlin, 6. Nov. Die Meldung von einer Anerkennung des tschechoslowakischen Staates durch die deutsche Regierung ist dem Vernehmen nach dahin eingeschränkt, daß bis jetzt nur ein Schritt des deutschen Generalkonsulats in Prag vorliegt, dem eine amtliche Anerkennung seitens der Berliner Regierung alsbald folgen dürfte.

Sicherung der süddeutschen Grenzen.

München, 6. Nov. Der bayerische Kriegsminister sagt in einem Erlaß an die Bevölkerung, daß kein Anlaß zur Besorgnis sei. Vorkehrungen zum Schutze der Heimat seien getroffen und weiter im Gange.

Das neue württembergische Ministerium.

Stuttgart, 6. Nov. In den allerersten Tagen soll die Parlamentarisierung in Württemberg in Angriff genommen werden. Für den zurücktretenden Ministerpräsidenten v. Weizsäcker wird der volksparteiliche Reichs- und Landtagsabgeordnete Piesching, der derzeitige Leiter des Reichsamts für die Übergangswirtschaft in Berlin, für den zurücktretenden Kultusminister der nationallib. Landtagsabgeordnete Dr. v. Sieber und für den zurücktretenden Justizminister der Führer des württembergischen Zentrumspartei, Bisepresident der zweiten Kammer, Generalstaatsanwalt Dr. v. Kiene ernannt. Die Sozialdemokratie wird in einem neu zu errichtenden Arbeitsministerium durch den Reichs- und Landtagsabgeordneten Keil vertreten sein.

Dr. Koerber deutsch-österreichischer Gesandter in Berlin. Wien, 6. Nov. Der frühere österreichische Ministerpräsident Dr. Koerber ist für den Posten eines Gesandten Deutsch-Österreichs in Berlin ausgerufen.

Deutschlands Armee ein Vorbild für Alle.

Genève, 6. Nov. Der militärische Mitarbeiter des „Nouveaux Courant“ schreibt: Deutschland steht jetzt allein. Der mächtige Kaiser, der vor allen anderen der befehlende Führer in dem großen Kampfe gegen eine immer mächtigere Allianz war, steht von seinen schwachen Verbündeten verlassen, gegenüber einer Welt von Feinden allein zurück; das ist eine ergreifende Tragödie. Die stärkste und kriegerischste Armee, die deutsche Armee, steht noch. Sie bildet ein Vorbild für Alle, sie steht allein wie ein homerischer Kämpfer gegen die Überzahl des Feindes.

Graf Wedel bei Staatssekretär Dr. Adler.

Wien, 6. Nov. Der deutsche Botschafter Graf Wedel hat dem Staatssekretär für Aussenw. Adler einen Besuch abgestattet und teilte ihm mit, daß die deutsche Regierung die Konfirmierung der deutsch-österreichischen Regierung zur Kenntnis genommen habe. Staatssekretär Adler erklärte, die deutsch-österreichische Regierung werde mit allen ihr zur Verfügung stehenden Mitteln den erforderlichen Schutz der in Deutsch-Österreich weilenden Reichsdeutschen sich angelegen sein lassen.

Die tschechische Republik.

Prag, 6. Nov. Die tschechisch-slowakischen Verhandlungen sind beendet. Es wurde beschlossen, eine Republik mit dem Präsidenten Masarik an der Spitze zu errichten. Masarik soll Ministerpräsident werden. Nach Prag soll eine tschechische Nationalversammlung zur Ratifizierung der Genfer Vereinbarungen einberufen werden.

Alle tschechischen Ansprüche finden Erfüllung.

Prag, 6. Nov. Die tschechischen Delegierten sind aus der Schweiz zurückgekehrt. Masarik erklärte, daß alle tschechischen Forderungen Erfüllung finden würden.

Trient in Flammen.

Wien, 6. Nov. Tiroler Meldungen besagen, daß ein Teil der Stadt Trient in Flammen stehe.

Wilson's Einfluß auf den Frieden.

Genève, 6. Nov. Nach Meldungen aus New York erklärte Senator Lodge in einer Volksversammlung, daß Wilson auf die Waffenstillstandsverhandlungen keinen Einfluß habe, da er nicht an den Verhandlungen teilnimmt. Wilsons Ideen sind jedoch bei den Friedensverhandlungen einflussreich geblieben.

Amerika als ehrlicher Makler?

Wien, 6. Nov. Laut einer Meldung, die die „Wiesener Zeitung“ von ausgerechnet unparteiischer Seite erhalten haben will, scheinen die Vereinigten Staaten bei Festsetzung der Waffenstillstands- und Friedensbedingungen die Rolle eines ehrlichen Vermittlers zu spielen, sie wollen nach dem Kriege mit Deutschland in gutem Einvernehmen leben. Die schließliche demütigende Bedingungen aus, da das deutsche Volk am Kriege unschuldig sei. Die amerikanischen Vertreter verfolgen das Programm des Präsidenten Wilson, mit dem die Annexion der Pfalz nicht vereinbar sei, das aber die Rückkehr Elsaß-Lothringens an Frankreich in sich schließt. Bei der Entscheidung dürften gewisse Grenzen nicht überschritten werden. Die deutschen Aufmarschgebiete Ost- und Westpreußen und die Bräunlande sollen während des Waffenstillstandes von Amerikanern besetzt werden.

Clemenceau über den Waffenstillstand.

Wien, 6. Nov. In der Kammer führte Clemenceau aus, daß die Oberste Kriegskommission in Versailles habe seine Arbeiten beendet und den Wortlaut der Waffenstillstandsbedingungen für Deutschland festgelegt. Das Dokument sei von gleichen Empfindungen eingegeben worden, die bereits bei der Abfassung der anderen Waffenstillstandsbedingungen maßgebend waren. Clemenceau teilte weiter mit, daß der Zweck der Waffenstillstandsbedingungen sei, den Krieg zu beenden, daß er die Feindseligkeiten nicht wieder aufnehmen könne.

Rumänische Tätigkeit in Siebenbürgen.

Budapest, 6. Nov. Am Sonntag hat sich in Klausenburg ein rumänischer Nationalrat gebildet. Die rumänischen Nationalisten sollen eigene Truppen unter Führung rumänischer Offiziere mit rumänischer Flagge und Kommandosprache bilden. Diese Soldaten werden nur rumänischen Nationalrat den Treueid leisten.

Berlin, 6. Nov. Reichstagsabgeordneter Regler, der Vorredner der Generalkommission, der den Wahlkreis Kiel im Reichstage vertritt, ist heute dorthin abgefahren; er war bisher durch dringendste Vorarbeiten für die Demobilisation in Kiel festgehalten.

Berlin, 6. Nov. Gegen Streiks und Ausschreitungen der Gewerkschaften (Stich-Dunker) eine längere ernste Erklärung.

Wien, 6. Nov. 1400 jüdische Soldaten der böhmerischen Garnison bildeten einen Soldatenrat und erklärten sich für den Fall eines Kampfes zwischen Polen und Rumänen für neutral.

München, 6. Nov. Sieben österreichische Flieger, die in der Nähe von München verunglückt waren, sind in der Nähe von München wieder aufgefunden.

Politische Rundschau.

Deutsches Reich.

Dem Vernehmen nach stehen mehrere sozialpolitische Vorhaben des Bundesrats unmittelbar bevor. In der ersten Sitzung befinden sich die Einrichtungen einer Erwerbslosenversicherung, eines Arbeitsnachweises, die Erhöhung

der Verdienstgrenze in der Krankenversicherung, die Schaffung von Wohnungserbänden der Gemeinden und Anordnungen zur wirtschaftlichen Demobilisation.

Mit einer ernsthaften Warnung vor Unruhen wendet sich ein Aufruf des Vorstandes der sozialdemokratischen Partei an alle Arbeiter und Arbeiterinnen. Die beim kommenden Frieden bevorstehenden politischen und wirtschaftlichen Aufgaben, die Sicherung der erzwungenen demokratischen Freiheiten und der Volksernährung können unmöglich gewährleistet werden, wenn alles drunter und drüber geht. Unsere Ziele, sagt der Aufruf, verlieren wir nicht aus dem Auge, von unseren Forderungen geben wir nichts preis! Aber die Mittel wollen wir, solange dies nur irgend möglich ist, so wählen, daß sich die Arbeiterklasse dabei nicht ins eigene Fleisch schneidet. Zum Schluss heißt es: „Es geht um euch und eure Kinder! Darum noch einmal: Wahrt die Einigkeit, die Besonnenheit, die Disziplin der Organisation. Keine russischen Zustände, sondern das Ganze geschlossen vorwärts zu den Zielen der Demokratie und des Sozialismus!“

Im Landtage gab die neue sächsische Regierung eine programmatische Erklärung über ihre Politik ab. Staatsminister Dr. Heinze sagte dabei, die Möglichkeit, daß ein Minister gegen den Willen des Parlaments dauernd im Amte verbleibe, scheitere an der Macht der Tatsachen. Entsprechend der Grundlage, auf der die Regierung beruhe, solle das Wahlgesetz zur Zweiten Kammer abgeändert werden, es soll das allgemeine, gleiche, geheime und direkte Wahlrecht zur Einführung gelangen. Neuwahlen würden im nächsten Jahre stattfinden. Auch aus der Ersten Kammer sollen Minister entnommen werden können. Die Erste Kammer müsse grundsätzlich reformiert werden. Die großen Berufsstände sollen ein Anrecht auf Vertretung erhalten. Auch sollen hervorragende Einzelpersonen, darunter auch Journalisten, berufen werden können. Zum Schluss sprach der Minister die Hoffnung aus, daß dieser Krieg der letzte gewesen sein möge.

Rein kommunistischen oder nach neuerer Ausdrucksweise bolschewistischen Charakter scheinen die Stuttgarter Straßendemonstrationen vom Montag getragen zu haben. In der Versammlung am Schloßplatz hielt der unabhängige Sozialist Rüd eine Ansprache. Er stellte das Verlangen nach der sozialdemokratischen Republik, die Forderung der Abdankung des Kaisers und aller Bundesfürsten. Weiter wurde zum Ausdruck gebracht, daß die neue Scheinbare Volksregierung einer Regierung der Arbeiter- und Soldatenräte Platz machen müsse. Der Redner teilte mit, daß in Stuttgart ein Arbeiterrat gebildet sei.

Das Telegramm einer Wassererversammlung im Straßburger Sängerkreis an Wilson hat folgenden Wortlaut: Herr Präsident! Die am 3. November tagende Versammlung altstädtischer Bürger verschiedener Parteien, Richtungen und Berufsstände stellt sich mit Entschiedenheit auf den Boden des Selbstbestimmungsrechts der Völker, wie von Ihnen formuliert, und bittet Sie mit ihrem ganzen Einfluß dafür einzutreten, daß dem Elsaß-Lothringischen Volke die Ausübung dieses Rechtes restlos gewährleistet wird, weil nur dadurch ein nochmaliger Krieg um Elsaß-Lothringen verhindert werden kann.

Dem Vernehmen nach schweben Einigungsverhandlungen zwischen den beiden Parteirichtungen der deutschen Sozialdemokratie. Es sollen innerhalb der führenden sozialdemokratischen Kreise ernsthafte Versuche gemacht werden, die beiden feindlichen Flügel wieder zu vereinigen. Es ist zu diesem Zwecke bereits eine Verständigungskommission in Aussicht genommen, in die von beiden Seiten, von der Scheidemann-Gruppe und von der Gaase-Gruppe, Vertreter entsendet werden sollen.

Aus In- und Ausland.

Berlin, 6. Nov. Der „Reichsanzeiger“ meldet die Ernennung des mit der Wahrnehmung der Geschäfte eines Staatsministers und des Ministers für Handel und Gewerbe beauftragten Verbandsdirektors des Verbandes Groß-Berlin Friedrich zum Staatsminister und Minister für Handel und Gewerbe.

Berlin, 6. Nov. Der Zentralausschuß der Fortschrittlichen Volkspartei wird am 16. und 17. November in Berlin zusammentreten.

Königsberg i. Pr., 6. Nov. Oberpräsident v. Baloch hielt bei einer Werbeversammlung für die Kriegsanleihe eine Rede, in der er im Namen aller Ostpreußen den Gedanken der Unterstellung auch nur eines Teiles von Ostpreußen unter fremde Herrschaft mit Entrüstung zurückwies.

Oldenburg, 6. Nov. Der Landtag wurde vom Großherzog persönlich eröffnet. In der Thronrede kündigte es folgende Parlamentarisierung an: Es soll ein ständiger Landtagsausschuß als einheitliche Behörde mit der Regierung zusammen über alle wichtigen Staatsangelegenheiten Beschluß fassen.

Schwerin, 6. Nov. Nach einer Bekanntmachung des mecklenburgischen Staatsministers hat der Großherzog den Wunsch geäußert, daß die Arbeiten für die Änderung der Landesverfassung wieder aufgenommen werden sollen. Es wird eine Volksvertretung auf breiter Grundlage gebildet werden, die zweite Kammer soll auf Grund des allgemeinen gleichen und direkten Wahlrechts gebildet werden.

Prag, 6. Nov. Der tschechoslowakische Nationalausschuß schreibt eine Milliarde-Anleihe für den tschechoslowakischen Staat aus. Die Anleihe ist vierprozentig und in vier Jahren rückzahlbar. Sie heißt „Anleihe der nationalen Freiheit“.

Stockholm, 6. Nov. „Sozialdemokraten“ melden: Schwedische Kreise beabsichtigen, Wilson zu eruchen, man möge die Forderung der Kaländer, über ihre staatsrechtlichen Stellung selbst zu bestimmen, beim Friedenskongreß beachten. Bekanntlich wollen die Kaländer den Anschluß an Schweden.

Stockholm, 6. Nov. In Finnland liegen offizielle entsprechende Erklärungen vor, daß die Entente Finnland nicht wieder zum russischen Vasallenstaat machen wolle. Finnland soll bei Friedensschluß das Petschenga-Gebiet bekommen. Die Ostarellische Frage bleibe einwilligen in der Schwabe.

lokales und Provinzielles.

Werkblatt für den 8. November.

Sonnenaufgang 7¹⁴ | Mondaufgang 11¹⁴ B.
Sonnenuntergang 4¹⁷ | Monduntergang 7¹⁴ N.
1620 Schlacht am Weißen Berge bei Prag, Eieg Kaiser Ferdinands II. über Friedrich V. von der Pfalz. — 1674 Dichter John Milton gest. — 1908 Bismarckdichter Viktorien Sardou gest. — 1912 Die Erlechen nehmen im Balkankrieg Saloniki.

Man sagt.... Wir durchleben unsere Tage in stärkster Spannung des Geistes und gerade solche Verfassung unseres Innenlebens ist der günstigste Boden für Gerüchte. Was ist in diesem Kriege hinter der Front nicht schon alles gemunkelt, gerannt, als „sicher“ berichtet und als „nur aus bester Quelle stammend“ weitergegeben worden! Und niemals traf es zu. Aber die Unbelieb-

baren glauben immer wieder an und jeden Gewatterkaff. Wenn sie sich endlich einmal davon überzeugen wollten, wie gefährlich für jeden einzelnen und damit natürlich für die Gesamtheit dieser blinde Glaube an alle Gerüchte ist. Dabei ist das seltsamste, daß nur solche Erzählungen verbreitet werden und Glauben finden, die die Dinge schwarz in schwarz malen, niemals aber ein Wort oder eine Mitteilung, die ein wenig Licht über Gegenwart und Zukunft breiten könnten. Wir bedürfen in diesem Winter mehr denn je unserer ganzen moralischen Kraft. Sammeln wir sie, lassen wir sie uns nicht vermindern durch üble Gerüchtemacherei, die einst das Vorrecht des Kaffeefränkchens war. Wir wollen mit hellen Augen und klaren Sinnen der Zukunft entgegengehen, unsern Willen auf die Aufgabe der Zeit gerichtet und unbekümmert um das, was „man sagt“.

Weihnachten ohne Christbaumkerzen. Der Verband deutscher Wachsmannfabrikanten verendet an seine Mitgli. der ein Rundschreiben, in dem es heißt: „Die Anfertigung von Weihnachtskerzen ist in diesem Jahre verboten. Grund hierfür ist die außerordentliche Knappheit an Paraffin. Die Produktion entspricht schon längere Zeit nicht dem Bedarf. Da außerdem wesentlich weniger Petroleum zur Verfügung kommt als im vorigen Jahre, ist das Verlangen nach Kerzen weitens g. d. h.“

Kriegsbeschädigter ist keine Standesbezeichnung. In Gesuchen, Urkunden und Akten findet sich noch immer die Bezeichnung „Kriegsbeschädigter“ als Standesbezeichnung, obwohl hier vor in der Öffentlichkeit schon wiederholt gewarnt worden ist. Dieses Verfahren steht in Widerspruch mit dem allgemein anerkannten Verfahren der Kriegsschädigtenfürsorge, die Kriegsbeschädigten sobald als möglich wieder den gesunden Kräften unseres Volkes gleichzustellen und einzugliedern. Zur Erreichung dieses Zieles wird es beitragen, wenn dem lediglich die im bürgerlichen Leben übliche Berufs- und Standesbezeichnung beigelegt wird, statt, daß sie durch die Bezeichnung „Kriegsbeschädigter“ r. t. e. t. werden

Herr, Dein Wille geschehe, wenn ich auch nicht verstehe,
Herr, Dein Wille geschehe und tu's auch noch so wehe.



Codes-Anzeige.

Soll dem Allmächtigen hat es in seinem unerforschlichen Ratsschlusse gefallen, am 7. Nov., morgens 6 Uhr meinen innigstgeliebten Gatten, unsern guten, treuversorgenden Vater, Bruder, Schwiegerohn, Schwager, Onkel und Neffen, den

Eisenbahnschaffner

Adolf Stahl

nach kurzer schwerer Krankheit, versehen mit den hl. Sterbesakramenten, im Alter von 83 Jahren zu Ruh in die Ewigkeit abzurufen.

Um stille Teilnahme bittet im Namen der trauernden Hinterbliebenen:

Frau Agnes Stahl geb. Possem.

Brauck und Niederlahnstein, 8. Nov. 1918
Die Beerdigung findet Sonntag nachmittag um 8 Uhr vom Trauerhause Oberalle Straße 17 statt.
Das Traueramt wird am Montag, den 11. November abgehalten.

Carbidungabe

am Freitag nachmittag im Geschäft von Edu Wiegand an alle, welche bestellt haben. Auf die Familie entfallen 2,5 Pfd. zu 1,90 M.

Wer in seinem Hause auch nur eine elektrische Flamme hat, kann nicht vernachlässigt werden.
Nummernausgabe und Bezahlung im Lebensmittelbüro.
A-A von 2-3,30 Uhr, B-B von 3,30-5 Uhr.
Der Lagermeister.

Die gekörnte Holzverfeinerung aus Dörfel Pöcherd wird gewährt und hiermit den Käuser überwiefen
Der Magistrat

Verordnung über die Höchstpreise von Brot.

Vom 18. November 1918 ab sind die Brotpreise wie folgt festgelegt:

- 1. Für ein Einheitsbrot im Gewicht von 1750 Gramm, wiegend 24 Stunden nach dem Backen, 90 Pfg.
- 2. Für ein Einheitsbrot im Gewicht von 1250 Gramm, wiegend 24 Stunden nach dem Backen, 65 Pfg.
- 3. Für ein Weizenbrot, hergestellt aus 94prozentigem Weizenmehl, wiegend 1250 Gramm 24 Stunden nach dem Backen, 66 Pfg.

St. Goarshausen, den 5. November 1918.
Der Kreislandrat des Kreises St. Goarshausen.
Wird veröffentlicht.

Der Lagermeister

Wetterbericht

Fortgesetzt gelind, nachts frisch, trocken, später wieder wärmer.
Regenhöhe 11,1 Millim.

